

Reform? Gerne - aber so nicht!

Eltern rufen zur Demonstration gegen die Hamburger Schulreform auf

O. DITTMANN, GROSS FLOTTBEK

Sie sind keine grundsätzlichen Reformgegner, sie sind aber Gegner dieser Reform: Sechs Frauen und ein Mann – allesamt Eltern, viele aus den Elbvororten – rufen zur Demonstration gegen die Schulreform auf. Am Sonnabend, 19. September, will die Initiative „Hamburger Eltern für gute Schulen“ an ihren Erfolg aus dem April anknüpfen, als über 5.000 Menschen auf die Straße gingen. Los geht es um 11 Uhr auf dem Gänsemarkt.

„Einzelne Ziele der Reform von Schulsenatorin Christa Goetsch sind ja richtig“, sagt Susanne Gernandt, Mutter von drei Kindern in Groß Flottbek und als Logopädin an einer Luruper Schule tätig. „Es muss beispielsweise etwas gegen die hohe Zahl von Schulabgängern ohne Abschluss getan werden. Doch wir glauben, dass dies mit der Einführung der Primarschule nicht gelingen wird.“

Ab 1. August 2010 soll es nur noch Primarschulen (für alle bis zur sechsten Klasse), Stadtteilschulen (alle Abschlüsse, Abitur nach 13 Schuljahren) und Gymnasien (für leistungsfähige Schüler, alle Abschlüsse, Abitur nach zwölf Jahren) geben. Christa Goetsch (GAL) verspricht sich mehr Gerechtigkeit, wenn die Kinder länger gemeinsam lernen.

Während die Stadtteilschule

von der Eltern-Initiative positiv beurteilt wird, richtet sich ihre Kritik hauptsächlich gegen die Primarschule: Die Umsetzung geschehe übereilt, die Lehrer seien durch die nötige Bürokratie

und Fortbildung überfordert, die erhofften Ergebnisse seien nicht wissenschaftlich belegt, die Wege verlängerten sich, und die Beschneidung des Elternwahlrechts in Bezug auf

die Schulform sei nicht demokratisch. Hintergrund des Engagements sei aber keinesfalls die Befürchtung, für die eigenen Kinder wäre es ein Nachteil, bis zur sechsten Klasse mit schwächeren Schülern zusammen unterrichtet zu werden, betonen die Eltern mit Nachdruck. Es gehe ihnen im Gegenteil auch um mehr Chancen für Kinder aus sozial schwächeren Gegenden durch den Erhalt des Elternwahlrechts.

„Jeder Schulleiter weiß doch am besten, was für den jeweiligen Stadtteil gut ist“, sagt Ute Schürnpeck, Mutter von vier Kindern. „Doch mit der Reform werden viele mühsam erarbeitete Schulprofile wieder vom Tisch gewischt. Und wenn statt Bildungsstandards gelten sollen, machen wir uns Sorgen um das allgemeine Bildungsniveau in Hamburg.“

Die Initiative unterstützt auch das Volksbegehren gegen die Reform, das am 28. Oktober startet.



„Unser Vorschlag: „Die Schulbehörde soll sich mit allen Kritikern an einen Tisch setzen, denn eine Reform ist dringend notwendig, aber sicher nicht in dieser Form und Zeitvorgabe“, sagen Ute Schürnpeck (li.) und Susanne Gernandt.

Foto: od